

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Wolf,
sehr geehrter Herr Schäfer,
sehr geehrter Herr Schienmann,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,

verehrte Bürgerinnen und Bürger,

der Stadt Bestes – mit diesem Bibelzitat als Ziellinie, lieber Herr Wolf, haben Sie die diesjährigen Haushaltsberatungen gestartet. Der Stadt Bestes – dem sind auch wir als SPD-Fraktion verpflichtet. Und der Stadt Bestes, was könnte das anderes sein als das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger hier in Waiblingen?

Wir sprechen heute über den Haushalt unserer Stadt in einer Zeit, die man ohne Übertreibung als eine der schwierigsten der letzten Jahrzehnte bezeichnen kann. Noch nie in der jüngeren Geschichte erschien die kommunale Finanzlage so angespannt, die Herausforderungen so vielfältig, die Zukunftsaussichten so unklar.

Auf der einen Seite stehen wir als Gemeinde für soziale Verantwortung, für kulturelle Vielfalt, für Daseinsvorsorge und Teilhabe – das Herzstück einer lebenswerten Kommune.
Auf der anderen Seite zwingen uns Haushaltsdefizite, Kreditaufnahmen in historischer Höhe, mehr und mehr Pflichtaufgaben und zu allem auch noch die drohende Verlagerung oder Schließung von Produktionsstätten in einen finanziellen Würgegriff, der zu schmerzhaften Priorisierungen führt.

Doch genau in solchen Zeiten entscheidet sich, was uns als Stadtgesellschaft wirklich wichtig ist. Nicht der gefüllte Kassenstand, sondern die Art, wie wir miteinander umgehen, wofür wir einstehen und worauf wir bereit sind zu verzichten, zeigen den wahren Charakter einer Kommune – der Stadt Bestes eben!

Wir stehen für die Wahrung unserer sozialen und kulturellen Errungenschaften

Es ist leicht, in Zeiten knapper Kassen den Rotstift bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ anzusetzen. Doch wir dürfen nicht vergessen: Diese Leistungen sind in Wahrheit das, was unsere Stadt zu einem Ort des Miteinanders macht – zu einem Zuhause.

Ob Stadtbibliothek oder Jugendzentren, Musik- und Kunstschule oder Seniorenarbeit, Integrationsprojekte oder Sportförderung – all das sind keine Luxusausgaben. Das ist die soziale Infrastruktur, das kulturelle Rückgrat, der gesellschaftliche Kit: sie sind Bildungsarbeit, sie sind Identität – und unsere Zukunft!

Wenn wir diese Bereiche ausbluten lassen, sparen wir vielleicht kurzfristig Geld, verlieren aber langfristig das, was Menschen hier hält, was junge Familien anzieht, und was Gemeinschaft stiftet.

Die SPD-Fraktion plädiert daher mit Nachdruck dafür, dass wir bei allen notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen die soziale und kulturelle Substanz unserer Stadt bewahren.

Wir müssen Wege finden, um bestehende und neue, kreative Partnerschaften mit Vereinen, Stiftungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu stärken, anstatt sie durch Sparauflagen zu schwächen.

Denn die Menschen, die sich hier ehrenamtlich engagieren, sind keine Kostenstelle – sie sind unsere wertvollste Ressource – sie sind der Stadt Bestes!

Öffentlicher Nahverkehr – Wir setzen auf die Mobilitätswende trotz Sparzwang

Ein zentraler Punkt ist Mobilität. In der öffentlichen Diskussion wird sie gerne auf Schlagworte reduziert: Busfahrplan, Ticketpreis, Taktung. Doch in Wahrheit geht es um weit mehr: um soziale Teilhabe, um Klimaschutz, um die Zukunft unserer Stadtentwicklung.

Gerade in Zeiten finanzieller Engpässe wäre es fatal, den öffentlichen Nahverkehr zu schwächen. Wenn wir die Mobilitätswende ernst nehmen – und das müssen wir – dann brauchen wir einen verlässlichen, bezahlbaren und attraktiven ÖPNV. Ein ausgedünnter Fahrplan oder der Rückzug aus Randgebieten bringen kurzfristig Einsparungen, doch die Folgekosten – ökologisch, sozial, und infrastrukturell – sind immens.

Wir alle wissen: Eine zukunftsfähige Stadt muss Mobilität als Daseinsvorsorge begreifen, nicht als Zuschussgeschäft. Darum appellieren wir als SPD-Fraktion an Sie alle, bei den Haushaltsberatungen die Sicherung und Modernisierung unseres Nahverkehrs als strategische Investition zu sehen. Kürzungen im ÖPNV vor 23 Uhr darf es nicht geben - denn wer Mobilität kappt, der kappt Teilhabe!

Und wir bekennen uns klar zum Ausbau alternativer und ergänzender Verkehrskonzepte, wie zum Beispiel dem Radwegenetz. Wenn wir mit diesem Haushalt auch einen Sperrvermerk für die geplanten Fahrrad-Anlehnbügel in Bittenfeld beantragen, dann einzig deswegen, weil uns angesichts der Haushaltslage die hierfür veranschlagten 40 Tsd. € nicht ausreichend erläutert erscheinen und wir es für unverzichtbar halten, deren Notwendigkeit beziehungsweise eine kostengünstigere Umsetzung zu prüfen!

Zurück zum Radverkehr: Für die Wiederherstellung des Remstalradwegs beantragen wir, 500.000 € in den Haushalt einzustellen. Damit soll der bestehende Radweg zwischen Vogelmühle und Remseck wieder instandgesetzt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Wir erkennen an, dass die Verwaltung alternative Routen gesucht hat, dennoch möchten wir den bestehenden Weg nicht aufgeben. Der Remstalradweg ist weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und bietet die Möglichkeit, nur wenige Fahrradminuten von Waiblingen entfernt, Natur hautnah zu erleben. Er stellt eine steigungsfreie Verbindung von Waiblingen nach Stuttgart oder in Richtung Heilbronn dar. Zwar sind für die Wiederherstellung des bestehenden Weges Eingriffe in verschiedene Schutzgebiete notwendig, aber auch die Alternativroute wäre mit solchen Eingriffen in sensible Gebiete verbunden, inkl. mindestens einem kompletten Neubau einer Brücke.

Für den zwischen Hohenacker und Bittenfeld geplanten neuen Häckselplatz beantragen wir, 100.000 € für die Erstellung einer sicheren Zuwegung zur unfallträchtigen Kreisstraße in den Haushalt aufzunehmen. Der schon lange erforderliche Platz darf nicht daran scheitern, dass die Abfallwirtschaft als Betreiber die Kosten dieser Zufahrt als nicht gedeckt sieht.

Wir beantragen den Ausbau städtischer PV-Anlagen

Ungeachtet oder gerade in dieser Haushaltslage - wir können es uns nicht leisten, für photovoltaische Anlagen geeignete Dachflächen weiterhin leer stehen zu lassen, bis wieder genügend finanzielle Mittel für deren Errichtung da sind. Entweder setzen wir die Prioritäten so, dass wir den Ausbau aus eigener Kraft stemmen können - oder wir ermöglichen es anderen, hier ihr Kapital für den Klimaschutz einzusetzen. Daher beantragen wir, 250.000 € für den Neubau von städtischen PV-Anlagen in den Haushalt einzustellen. Wir bieten auch alternativ an, dass die Stadt ein Konzept erarbeitet, wie privates Kapital für die Errichtung von PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden akquiriert werden kann. So könnten etwa Dachflächen an bestehende Energiegenossenschaften verpachtet werden. Oder die Stadtwerke gründen selbst eine Bürger-Energie-Genossenschaft, welche die Anlagen errichtet und betreibt. Die Investition in alternative Energien duldet keinen Aufschub!

Wir beantragen einen Wohnraumgipfel für unsere Stadt

Ein drängendes Thema, das viele Menschen in unserer Stadt unmittelbar betrifft, ist das Wohnen. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper, Baukosten steigen, und gleichzeitig verändert sich die soziale Struktur: Ältere Menschen suchen kleinere, barrierefreie Wohnungen, junge Familien benötigen Raum zum Wachsen, Studierende und Auszubildende suchen günstigen Wohnraum.

Wir müssen uns ehrlich fragen: Sind wir als Stadt strategisch gut genug aufgestellt, um diesen unterschiedlichen Bedarfen gerecht zu werden? Oder reagieren wir nur, wenn der Druck schon unerträglich wird?

Wir beantragen daher – gemeinsam mit der Fraktion der Grünen und der ALi -, im kommenden Jahr einen **Wohnraumgipfel** einzuberufen. Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik, Verwaltung, der Wohnungswirtschaft, Genossenschaften, Sozialverbände, ExpertInnen und natürlich die Bürgerinnen und Bürgern selbst, sollen gemeinsam erarbeiten, wie wir den Wohnraumbedarf der Zukunft klug, sozial und nachhaltig decken können.

Es geht uns dabei nicht nur um Neubau, sondern auch um Bestandssanierung, es geht um Flächenmanagement – um den Erhalt des „Waiblinger Bauland-Modells“ -, um die Förderung alternativer Wohnformen, um die Aktivierung des Leerstands und um eine sozial ausgewogene Quartiersentwicklung!

Ein solcher Gipfel ist kein Selbstzweck – er schützt vor den hohen Folgekosten einer vernachlässigten Bausubstanz und ist eine Investition in Planungssicherheit und soziale Stabilität. Dabei spielen für die SPD-Fraktion Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Aspekte eine wesentliche Rolle und eben nicht nur die „Gewinnmarge“ von möglichen Bauträgern.

Wir beantragen die Aufwertung des Postplatzes

Ebenso beantragen wir, gemeinsam mit den Fraktionen der Grünen und der Freien Wähler (Freie Wähler - Demokratische Freie Bürger Waiblingen FW-DFB) sowie der ALi, die Begrünung des Alten Postplatzes - angesichts der Haushaltslage in einer finanziell „schlanken“ Version: Durch Pflanzinseln können Schattenplätze und insektenfreundliche Nischen entstehen: Das wird auch die Aufenthaltsqualität an diesem zentralen Patz verbessern. Studien belegen außerdem, dass solche Maßnahmen auch zur Prävention von Kriminalität im öffentlichen Raum beitragen! Begrünte und im Wortsinn belebte Flächen können helfen, Sauberkeit und Sicherheit im Stadtbild zu verbessern, sie können positive Effekte auf das Miteinander in der Stadt haben und Respekt, Fairness und Toleranz fördern.

Wir beantragen die Analyse der haus- und kinderärztlichen Versorgungssituation

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist ein drängendes Problem in vielen Kommunen; wir wollen hier auf die Situation der Haus- und Kinderärztinnen und -Ärzte blicken. In Waiblingen wie auch in vielen umliegenden Gemeinden werden immer mehr ärztliche Praxen altersbedingt geschlossen, eine Nachfolge bleibt oft aus. Schon heute erleben viele Bürgerinnen und Bürger unzumutbar lange Wartezeiten. Gleiches trifft auf Eltern zu, die auf der Suche nach einem Kinderarzt sind.

Das ist nicht nur ein Problem der individuellen Gesundheitsversorgung – es ist eine Frage der Lebensqualität und der Attraktivität und Sicherheit in unserer Stadt. Darum beantragt die SPD-Fraktion eine **umfassende Analyse der haus- und kinderärztlichen Versorgungssituation in Waiblingen**. Wir müssen wissen: Wo stehen wir heute? Wo drohen Lücken? Wie viele ÄrztInnen werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, wie viele betreiben Ihre Praxis in Kombination mit

privatem Wohnraum – und was bedeutet das für eine mögliche Nachfolge? Welche baulichen oder andere Maßnahmen könnten helfen, wenn sie bei Planungen rechtzeitig berücksichtigt werden können?

Denkbar ist – je nach Ergebnis – die Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) oder die Förderung gemeinschaftlicher Praxisformen, vielleicht auch in Kooperation mit Nachbarkommunen oder Kliniken. Wir sollten prüfen, ob städtische Immobilien hierfür genutzt oder umgebaut werden können. Und wir sollten jungen MedizinerInnen Perspektiven bieten, hier zu arbeiten und zu leben – mit modernen Räumen, guter Infrastruktur und einer Verwaltung, die unterstützt: In Bittenfeld und im Ansatz auch in Neustadt hat die Stadt bereits gezeigt, dass dies erfolgreich möglich ist.

Eine solche Analyse kostet etwas – ja. Aber sie kostet weit weniger als der Schaden, der entsteht, wenn weitere medizinische Versorgungsstrukturen wegbrechen sollten.

Wir beantragen die Einführung einer Übernachtungssteuer

Kommen wir schließlich auf die Einnahmenseite zu sprechen. Was kann uns helfen, Einnahmen zu generieren, ohne die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zusätzlich zu belasten?

Wir werden in der kommenden Zeit auch darüber sprechen müssen, wie ansässige Unternehmen zu diesen Einnahmen beitragen können. In diesem Jahr haben wir keinen Antrag zur Gewerbesteuer gestellt, bleiben aber der festen Überzeugung: Wenn die Stadt mehr Einnahmen benötigt, dann müssen diese in erster Linie von dort kommen, wo *Gewinne* gemacht werden konnten. Nicht durch Erhöhungen der Grundsteuer, wo es die breite Bevölkerung trifft und nicht wenige finanziell sehr schmerzt, und nicht von Eltern und jungen Familien!

In diesen Haushalt bringt die SPD-Fraktion einen Antrag auf **Einführung einer Übernachtungssteuer in Waiblingen ein**. Viele Städte, auch in unserer Größenordnung, haben diesen Schritt längst vollzogen – erfolgreich und unbürokratisch. Eine moderate Abgabe auf Übernachtungen trifft nicht die Einheimischen, sondern jene, die unsere Infrastruktur und kulturellen Angebote nutzen – und die in der Regel auch bereit sind, einen kleinen Beitrag zur Finanzierung dieser Qualität zu leisten.

Das Aufkommen daraus kann in kulturelle und touristische Projekte fließen und zur Entlastung des allgemeinen Haushalts beitragen. Gerade angesichts der anstehenden enormen Kreditaufnahme wäre es fahrlässig, auf diese Möglichkeit zu verzichten. Wir beantragen daher, dass die Verwaltung die Einführung einer Übernachtungssteuer prüft und dem Gemeinderat im kommenden Quartal eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Lassen Sie mich zum Schluss auf das „Wesen“ unserer Stadt zu sprechen kommen

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Anwesende,

wir werden diesen Haushalt nicht schönreden können. Er ist Ausdruck einer Realität, die uns alle herausfordert – finanziell, politisch und moralisch. Aber er ist auch eine Chance: eine Chance, Prioritäten zu setzen, Werte zu definieren, Haltung zu zeigen.

Wir dürfen die Zukunft unserer Stadt nicht allein in Excel-Tabellen suchen. Wir müssen sie in den Gesichtern der Menschen sehen, die hier leben – in dem der Schülerin, die morgens auf den Bus wartet; dem des älteren Herrn, der seinen Hausarzt braucht, denen der jungen Familie, die eine Wohnung sucht, und denen der Ehrenamtlichen, die Kultur schaffen, ohne dafür viel zu bekommen.

Unsere Aufgabe ist es, diesen Menschen Perspektiven zu geben – und dafür braucht es Mut, Weitsicht und Solidarität.

Ein Haushalt ist nie nur ein Zahlenwerk. Er ist ein politisches Bekenntnis. Ein Spiegel dessen, was wir als Stadt sein wollen. Und er spiegelt unser Verständnis eines Stadtbildes wider.

Lassen Sie uns also gemeinsam – trotz Schulden, trotz Engpässen, trotz aller Widrigkeiten – dafür sorgen, dass unsere Stadt lebenswert bleibt: sozial, kulturell, mobil, gesund und zukunftsfähig. Lassen Sie uns für der Stadt Bestes sorgen!